



KANTONSRATS PROTOKOLL

Sitzung vom 25. März 2019
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

A 697 Anfrage Knecht Willi und Mit. über die Handhabung streikender Schüler an den Luzerner Schulen / Bildungs- und Kulturdepartement

Willi Knecht ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Willi Knecht: Es ist unbestritten, dass die Meinungsfreiheit auch für die Jugendlichen gewahrt sein muss. Es ist deshalb legitim, wenn die Jungen auf die Strasse gehen, sei es zum Thema Klima und Umweltschutz oder für oder gegen ein Rahmenabkommen mit der EU. Die Luzerner Bevölkerung versteht es aber nicht, wenn Jugendliche deshalb die Schule schwänzen, statt den Mittwochnachmittag oder Samstag dafür zu nutzen. Ich kann es verstehen, dass die Regierung keine einheitliche Handhabung des Urlaubswesens anstrebt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass aus Sicht der SVP das Schule-Schwänzen von den Schulleitungen zu wenig konsequent sanktioniert wird. Es ist löblich, wenn die Lernenden freiwillig ihr Urlaubskontingent dazu hergeben, um für den Klimaschutz einzustehen. Es wäre aber zumindest nachhaltig, wenn die Lernenden ihr Urlaubskontingent für einmal zum Auflesen von Abfall am Strassenrand hergeben würden. Beim Klimastreik handelt es sich um eine private Initiative. Fakt ist aber, dass die Schüler von Lehrpersonen auch zur Teilnahme animiert wurden. Im Kanton Bern war die Teilnahme am Klimastreik für die Schüler erwiesenermassen sogar Pflicht. Wir sind der Regierung dankbar, wenn sie im Sinn der SVP Einfluss nimmt.

Rahel Estermann: Leider fällt es den Unterzeichnenden dieses Vorstosses sehr schwer, die jungen Menschen, die sich in der Klimastreikbewegung engagieren, ernst zu nehmen. Diese Schülerinnen und Schüler sind genug mündig, um zu entscheiden, ob sie sich Absenzen leisten können und wollen und Disziplarmassnahmen in Kauf nehmen oder wie sie den verpassten Stoff nachholen. Sie sind in der Lage abzuwägen, ob einige Lektionen Unterricht wichtiger sind als der Aufruf an die Welt, endlich entschieden gegen die Klimaerwärmung einzutreten. Die Regierung zeigt in ihrer Antwort kurz, bündig und schlüssig auf, dass allfällige Sanktionen in der Kompetenz der Schulleitungen und Lehrpersonen liegen. Die Grünen vertrauen diesen Gremien voll und ganz, dass sie die Situation angemessen beurteilen und verhältnismässig darauf reagieren. Erfreulicherweise ist das Engagement der Jugendlichen Anlass, politische Prozesse und Institutionen direkt zu beleuchten. Diverse Umfragen und auch die Teilnahme an den Streiks haben gezeigt, dass die Annahme des Vorstosses, wonach es sich nur um Kantonsschüler handelt, falsch ist. Auch Lernenden aus diversen Berufen liegt das Klima am Herzen. Es wird Zeit, dass wir diese zahlreichen jungen Menschen und ihr politisches Engagement ernst nehmen, statt sie auf ihre Schulabsenzen und auf allfällig durch sie verursachten Abfall zu reduzieren.

Andy Schneider: Unlängst konnten den Medien Schlagzeilen wie „Klimastreik an 2000 Orten weltweit“ entnommen werden. Im Kanton Luzern haben sich 500 Schülerinnen

und Schüler am Klimastreik beteiligt. Sie haben dabei ihr Recht auf freie Meinungsäusserung wahrgenommen. Ich möchte eine Jugend, die sich einbringt und politisiert. Es ist einfacher, sich nicht am politischen Prozess zu beteiligen, das zeigt auch die tiefe Stimmbeteiligung. Mit ihrem Streik haben die Schülerinnen und Schüler erreicht, dass die Klimadebatte weltweit zu einem politischen Thema wird. Mit dem Aktionstag fordern die Schülerinnen und Schüler ein entschlossenes Handeln für einen wirksamen Klimaschutz. Eine Umfrage im Politbarometer hat ergeben, dass zwei Drittel der Bevölkerung die Demonstrationen gut finden, auch wenn diese während der Unterrichtszeit stattfinden. Die Schule muss die Kinder und die Jugendlichen zu kritischen, selbstverantwortlichen Bürgern erziehen. Es steht somit allen Lernenden frei, im Rahmen der geltenden Bestimmungen die Absenzenregelung auszulegen und ihr Recht wahrzunehmen. Die Regierung hat die Anfrage gut beantwortet.

Angela Lüthold: Es ist wichtig, dass sich junge Erwachsene mit dem Thema Klima auseinandersetzen, schlussendlich geht es um ihre Zukunft. Dies anzuerkennen, fällt der SVP nicht schwer. Ein Blick zurück zeigt aber, dass der technische Fortschritt zu viel höheren Emissionen geführt hat. Zu demonstrieren ist das eine, sich im täglichen Leben umweltgerecht zu verhalten das andere. Zu demonstrieren und einen grossen Abfallberg zu hinterlassen, spricht nicht gerade für ein umweltgerechtes Verhalten, und es spricht schon gar nicht für ein korrektes Verhalten, wenn Schultage für private Zwecke genutzt werden. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass es sich um eine private Initiative gehandelt hat und das Bildungs- und Kulturdepartement deswegen keinen Einfluss nehmen konnte. Ist es gerechtfertigt, für private Zwecke die Schule zu schwänzen? Oder geht es doch um das Durchsetzen ideologischer Werte? Was passiert mit den Eltern, die nicht damit einverstanden sind, dass die Schüler an diese Demonstrationen gehen müssen? Mir liegen E-Mails vor, wonach die Kinder verpflichtet wurden, an der Klimademonstration teilzunehmen. Was passiert, wenn ein Schüler nicht daran teilnehmen will? Muss er mit Mobbing rechnen? Gemäss Gesetz über die Volksschulbildung hat sich die Schule politisch und konfessionell neutral zu verhalten. Das Kreuz wurde aus den Schulen entfernt, und über die Weihnachtsfeier wurde auch bereits debattiert. Heute sind wir so weit, dass es zwölf Wochen Ferien, Jokertage und infolgedessen eine Absenzenregelung braucht. Wenn eine Demonstration aus freien Stücken stattfinden soll, dann in der Freizeit. Zwölf Wochen Ferien, Jokertage und freie Samstage sollten dafür ausreichen. Die SVP erwartet, dass die Teilnahme an Streiks an schulfreien Tagen stattfinden soll, hingegen muss das Schule-Schwänzen Konsequenzen haben.

Gaudenz Zemp: Die FDP ist für föderale Strukturen mit grösstmöglichen Kompetenzen für die Regionen und Gemeinden. Deshalb erachten wir es als richtig, dass die Schulleitungen für das Absenzenwesen zuständig sind. Sie können mit besserem Verständnis und Augenmass den lokalen Gegebenheiten entsprechend sinnvolle Regelungen für ihre Schülerschaft erlassen. Es kann nicht sein, dass der Kanton diesbezüglich zentralistisch eingreift. Die FDP nimmt die Anliegen der Jugendlichen rund um die Klimaproblematik sehr ernst. Wir begrüssen ihr politisches Engagement. Gleichzeitig ist es die Aufgabe der Schulen und der Lehrerschaft, die Jugendlichen auf Regeln und Vorgaben aufmerksam zu machen, die demokratisch von der Gesellschaft definiert worden sind und die jederzeit auf demokratischem Weg wieder geändert werden können. Wir erachten es aber als falsch, Notstände auszurufen, um die demokratischen Grundsätze und Prozesse auszuhebeln. Es ist klar, dass man bei einem Notstand wesentlich schneller reagieren könnte. Es bräuchte dann keinen mühsamen politischen Entscheidungsprozess, und es müssten keine demokratischen Mehrheiten erkämpft werden. Es ist Sache der Schule klarzustellen, dass wir das nicht wollen. Wir stehen neben dem Klima noch vor weiteren grossen Herausforderungen. Eine davon ist es, die Jugendlichen mittels bestmöglicher Bildung und Erziehung auf die immer anspruchsvollere Arbeitswelt und Gesellschaft vorzubereiten. Eigentlich können sich die Lernenden keine Absenzen leisten. Meine Generation musste auch am Samstag die Schule besuchen. Heute ist der Samstag schulfrei dank einem demokratischen Entscheid. Deshalb bleibt am Samstag genügend Zeit, um sich politisch zu engagieren. Die FDP ist mit der umfassenden und nachvollziehbaren Antwort der Regierung

zufrieden.

Claudia Huser Barmettler: Unsere Bundesverfassung gewährt gemäss Artikel 16 die Meinungsfreiheit und die Freiheit, die Meinung ungehindert äussern zu dürfen. Gemäss Artikel 22 muss auch die Versammlungsfreiheit gewährleistet sein. Damit ist aber auch klar, dass man mit den Konsequenzen leben muss, wenn man sich einsetzt und seine Meinung äussert und dabei inhaltlich gegen ein Recht verstösst. Das gilt auch für unsere Jugend und wie wir aus der Antwort des Regierungsrats entnehmen, auch wenn Lernende an Klimastreiks teilnehmen. Die Jugendlichen machen Gebrauch von ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit und müssen mit den Konsequenzen leben. Entweder beziehen sie einen Jokertag oder sie erhalten eine unentschuldigte Absenz. Eine unentschuldigte Absenz ist insbesondere für Lernende, die eine Lehrstelle suchen, alles andere als förderlich. Sie werden es sich also zweimal überlegen, ob sie eine unentschuldigte Absenz in Kauf nehmen wollen. Ich bin froh um die pragmatische und einfache Umsetzung und dass wegen einer einzelnen unentschuldigten Absenz nicht gleich der ganze Sanktionsapparat gestartet wird. Bleiben wir verhältnismässig. Unser oberstes Ziel ist es, unsere Kinder und Jugendlichen gut auf das Leben vorzubereiten. Dazu gehört auch die politische Bildung. Im Moment ist ein Vorstoss von Irene Keller hängig, der mehr politische Bildung für alle fordert. Ich unterstütze diesen Vorstoss. Was ich aber noch besser finde, ist die gelebte politische Bildung bei aktuellen Themen, und aktueller als das Thema Klima geht wohl nicht. Ich nutze die Chance, den Lehrpersonen für ihr Handeln zu danken. Wie die Regierung schreibt, ist es Aufgabe der Lehrpersonen, die Kinder und Jugendlichen zu bilden und sie auch über ihre politischen Möglichkeiten und Rechte zu informieren. Das machen sie anscheinend hervorragend.

Thomas Grüter: Die CVP erachtet die Antwort der Regierung als klar und umfassend. Es geht nicht darum, warum die Lernenden der Schule ferngeblieben sind, sondern was es für den ordentlichen Schulbetrieb heisst. Die Kompetenzen und die Verantwortung für Urlaub, Dispensationen und Abwesenheiten sind in der entsprechenden Verordnung definiert. Die vom Regierungsrat erlassenen Ordnungen müssen aber nicht von allen gleich gehandhabt werden, sondern sie lassen einen Spielraum zu. Auch die Jokertage sind klar geregelt. Es wird keine einheitliche Regelung angestrebt, und die Kompetenzen werden den jeweiligen Schulleitungen und Lehrpersonen übertragen. Grundsätzlich gilt bei möglichen Absenzen die Eigenverantwortung der Lernenden. Der Regierungsrat ist auch bei möglichen weiteren Streiks und Absenzen nicht für Sanktionen zuständig. Die CVP hinterfragt es angesichts der vorliegenden Antwort des Regierungsrates kritisch, ob diese Anfrage tatsächlich in den Zuständigkeitsbereich unseres Rates gehört.

Urban Sager: Die SVP stört es, wenn sich die Jugendlichen lautstark gegen die Politik der ökologischen Ignoranz und der Klimälüge zur Wehr setzen. Das ist verständlich, denn es ist eine fundamentale Kritik an ihrer Politik. Ich muss Angela Lüthold vehement widersprechen, wenn sie sagt, dass es um eine Ideologie gehe, die in der Schule vermittelt wird. Der Klimawandel ist keine Ideologie, sondern es sind wissenschaftliche Fakten. Leider ist es bei der SVP nach wie vor sehr verbreitet, die wissenschaftlichen Fakten zu leugnen. Es ist ein selbstbestimmtes Handeln, wenn die Jugendlichen dem Unterricht fernbleiben. Das Fernbleiben kann Konsequenzen haben, was auch richtig ist. Einzelne Schülerinnen und Schüler setzen sich über die Regeln hinweg, was Konsequenzen hat, sei es, dass sie den Stoff nachholen müssen oder eine unentschuldigte Absenz erhalten. Die Schülerinnen und Schüler bleiben aber bewusst dem Unterricht fern, um ein Zeichen zu setzen. Das ist an einem Samstagmorgen jedoch nicht möglich. Es geht darum, ein Zeichen zu setzen und die Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Den Jugendlichen ist es wichtig, ein Zeichen zu setzen und die Politik aufzufordern, etwas zu unternehmen. Dafür zolle ich den Jugendlichen meinen Respekt.

Rahel Estermann: Angela Lüthold hat von privaten Zwecken gesprochen. Es geht doch nicht um private Zwecke, sondern um politische Forderungen, die bisher in den Parlamenten dieser Welt durch die politischen Verantwortungsträger jahrzehntelang ignoriert wurden. Es geht um die Zukunft des Planeten und nicht um Partikularinteressen. Die SVP hat es nicht verstanden, diese jungen Menschen und ihre Zukunft ernst zu nehmen.

Angela Lüthold: Die SVP anerkennt es, wenn junge Menschen demonstrieren und ihre Interessen bekunden. Im Arbeitsalltag haben wir uns auch an Regeln zu halten und können nicht einfach frei nehmen, wann es uns passt. Der SVP ist die Klimapolitik sehr wichtig, und sie setzt sich dafür ein. Die Bauern nehmen die Klimapolitik ernst und setzen diese bei ihrer täglichen Arbeit auch um.

Pirmin Müller: Die politische Linke weigert sich, das eigentliche Problem zu erkennen. Die Schulpflicht wird mit den anhaltenden Demonstrationen verletzt. Man könnte aber auch einen Persilschein für weitere Anliegen aussprechen, etwa gegen eine weitere EU-Anbindung oder weniger Staat. Ich gehe davon aus, dass die Linken darüber nicht erfreut wären. Genau dort sehe ich das eigentliche Problem. Wenn es gutgeheissen wird, dass einzelne Ideologien in den Schulen, den Massenmedien und der Gesellschaft privilegiert behandelt werden, beruht das auf einem totalitären Ansatz beim Denken. Die Schule dient der Wissensvermittlung, und zwar ohne Bevormundung und ideologische Indoktrination. Wenn einzelne politische Ideen bevorzugt behandelt werden, begeben wir uns auf einen verhängnisvollen Weg. Der Zweck heiligt die Mittel nie.

Hans Stutz: Das Votum von Pirmin Müller macht mich fast sprachlos. Was soll totalitär daran sein, wenn in den Schulen und den Massenmedien die Rede vom Klimawandel ist? Die letzten Ausgaben der „Weltwoche“ haben dem Klimawandel mehrere Seiten gewidmet. Deshalb verlangt auch niemand, dass die Weltwoche eingestellt werden soll.

Priska Wismer-Felder: In der Anfrage wurden die Zwangsferien und der Streik gleichgesetzt. Es ist aber ein grosser Unterschied, ob Lektionen nicht stattfinden oder ob die Schüler den Lektionen fernbleiben. Angela Lüthold hat erklärt, dass einzelne Lernende zur Teilnahme am Klimastreik gezwungen worden seien und was mit den Eltern sei, die mit der Teilnahme ihrer Kinder am Klimastreik nicht einverstanden seien. Meiner Meinung nach ist es Sache der Eltern, mit ihren Kindern zu klären, wenn sie mit deren Teilnahme am Streik nicht einverstanden sind. Als Mitglied der EBKK oder als Präsidentin der Schulkommission ist mir kein einziger Fall bekannt, wonach Schüler zur Teilnahme gezwungen wurden. Sollte das aber tatsächlich der Fall gewesen sein, müsste man dem nachgehen. Allenfalls kann der Bildungs- und Kulturdirektor dazu Stellung nehmen.

Räto B. Camenisch: Beim Hype um die Klimadiskussion handelt es sich um ein angefachtes Feuer, das mich an das Jahr 1984 erinnert, als der Nationalrat eine Extrasession zum Waldsterben einberufen hat. Dem Wald geht es heute besser denn je, ohne dass grosse Massnahmen getroffen wurden. Heute stehen wir vor einer ähnlichen Situation, nur sind inzwischen die sozialen Medien dazugekommen. Die jungen Leute werden von den Berufsumweltpolitikern instrumentalisiert. Es gibt aber Wissenschaftler, die ganz anderer Meinung sind. In der neuen „Weltwoche“ kommen fünf internationale Top-Wissenschaftler zu Wort, sie setzen grosse Fragezeichen hinter alle Konklusionen, die uns präsentiert werden. Die SVP hat sich immer Mühe gegeben, auf die Umwelt zu achten. Was aber jetzt in Sachen Klimawandel passiert, ist wohl eher kontraproduktiv.

Hans Stutz: Dem Wald geht es zum Teil besser, aber nur weil gegen den Widerstand der SVP und der Automobilproduzenten Massnahmen beschlossen wurden. Diese Massnahmen wurden auf politischen Druck hin beschlossen. So soll es auch dieses Mal sein.

Toni Graber: Vor einer Woche habe ich an einem Podium der Berufsschule teilgenommen. Diese jungen Menschen sehen die Sache etwas differenzierter, und sie würden es sich nicht leisten, an einem Schultag zu streiken. Sie stehen im realen Leben. Welcher Lehrmeister würde die Teilnahme an einem Streik zulassen? Die Lehrmeister vermitteln ihren Lernenden nicht nur eine einseitige Sicht, wie dies an den Kantonsschulen der Fall ist. An den Kantonsschulen sollte ebenfalls ein breites Podium mit Vertretern von links bis rechts durchgeführt werden. Als es um die Zwangsferien ging, haben die Kantonsschüler gestreikt, nun bleiben sie aber an einem Freitag dem Unterricht fern.

Giorgio Pardini: Das Streikrecht ist in der Bundesverfassung festgehalten. Die Schüler haben keinen Streik durchgeführt, denn bei der Klimademonstration hat sich um einen Protest gehandelt. Ein Streik ist etwas sehr Ernstes, deshalb sollte man mit dieser Terminologie etwas vorsichtiger sein. Die Schüler sind dem Unterricht ferngeblieben und

haben ihren Unmut kundgetan. Das ist Teil des Staatskundeunterrichtes. Es ist wichtig, dass sich die jungen Menschen mit ihren Problemen auseinandersetzen. Die Regierung hat die Sondersession nicht auf Druck unseres Rates einberufen, sondern weil die jungen Menschen auf der Strasse protestiert haben. Es ist wichtig, dass sich die jungen Menschen engagieren, und wir sollten stolz auf sie sein. So sieht eine direkte Demokratie aus. Wir sollten den Jugendlichen dafür danken, dass sie uns zwischendurch die Augen öffnen.

Christine Kaufmann-Wolf: Ich finde es sehr gut, dass die jungen Menschen protestieren und ihre Meinung kundtun, geht es doch um ihre Zukunft. Sie wollen uns aktive Politiker wachrütteln, damit wir auch auf die Klimafrage eingehen. Deshalb kann auch ein Auge zugeedrückt werden, wenn eine solche Demonstration einmal während des Unterrichts stattfindet. Dafür gibt es auch die Jokertage. Was passiert aber, wenn es zu weiteren Demonstrationen mit ganz anderen Themen kommt? Wie gedenkt das Bildungs- und Kulturdepartement vorzugehen, damit für alle Schulen die gleichen Regeln gelten?

Gaudenz Zemp: Giorgio Pardini hat ein sehr gutes, emotionales Votum abgegeben. Die Regierung hat die Sondersession aber nicht auf Druck der Jugendlichen einberufen, sondern weil eine grosse Anzahl an Vorstössen zum Thema Klima vorliegt.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Da die Regierung die Anfrage im Januar behandelt hat, ist die Antwort zu Frage 5 zwischenzeitlich überholt. Wir haben Regeln, wie wir mit Absenzen umgehen. Der Unterricht ist im Grundsatz obligatorisch, insbesondere während der obligatorischen Schulzeit. Für die postobligatorische Zeit gilt die Absenzenregelung. Die Absenzenregelung wird korrekt umgesetzt, und dieses System hat sich bewährt. Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, von diesem bewährten System abzuweichen. Mir ist nicht bekannt, dass im Kanton Luzern Lernende zur Teilnahme an der Klimademonstration gezwungen wurden. Offenbar war das aber im Kanton Bern der Fall. Einen Zwang würde ich nicht akzeptieren, und wir würden eingreifen. Wer dem Unterricht unentschuldigt fernbleibt, kommt nicht um die Konsequenzen herum, und es gibt eine unentschuldigte Absenz im Zeugnis. Ob man dem Unterricht wegen der Teilnahme an einer Klimademonstration oder aus einem anderen Grund fernbleibt, macht im Endeffekt keinen Unterschied. Ich vertraue darauf, dass die Lehrpersonen und die Schulen die definierten Regeln entsprechend umsetzen. Gemäss meinen Informationen ist das auch der Fall. Sie dürfen davon ausgehen, dass die definierten Regeln eingehalten werden.